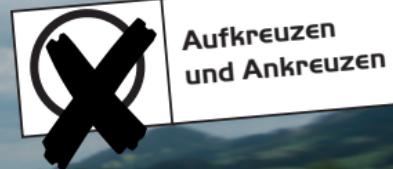


Kommunalpolitik ohne Christen ist wie ...

Kommunalwahl
15. März 2020



... ein Dorf ohne Kirchturm

Eine Initiative des Diözesanrates der Katholiken der Erzdiözese München und Freising

Christliche Optionen für die Kommunalpolitik

Eine Auswahl an Themen und Handlungsfeldern

**Gesprächsleitfaden für die
Kommunalwahlen 2020 in Bayern**

Christliche Optionen für die Kommunalpolitik

Der Einsatz für Arme und Benachteiligte, für Frieden, Umwelt und globale Gerechtigkeit zählen zum Kern des christlichen Auftrags. In der Kommunalpolitik stellt sich die Frage: Was heißt dies für uns vor Ort? Folgende Optionen können dem kommunalpolitischen Engagement eine christliche Orientierung geben:

1. Option für die Arme, Benachteiligte, und Flüchtlinge

Solidarität ist ein Grundpfeiler der katholischen Soziallehre. Damit ist die Forderung verbunden, allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Vor allem diejenigen Menschen sind in den Blick zu nehmen, die übersehen, isoliert, benachteiligt oder ausgegrenzt werden.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ⇒ prekäre Arbeitsverhältnisse vermieden werden und deswegen z. B. bei der Ansiedlung von Gewerbebetrieben auf die Qualität der Arbeitsplätze geachtet wird
- ⇒ Schulsozialarbeit an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ausgebaut wird
- ⇒ Menschen, die am Rand unserer Gesellschaft stehen, persönliche Begleitung und Unterstützung erfahren (z. B. durch Ausbildungspatenschaften, Demenzpatenschaften, Unterstützung bei Behördengängen)
- ⇒ Menschen mit geistiger Behinderung gefördert werden (z. B. Inklusions-Klassen)
- ⇒ Menschen, die ihre Heimat verloren haben, Zuwendung, Aufnahme und Möglichkeiten für ein Leben in Würde erhalten
- ⇒ Integrationsarbeit eine Querschnittsaufgabe in allen relevanten kommunalen Bereichen ist.



2. Option für Familien

Familien brauchen förderliche Rahmenbedingungen (z. B. bezahlbaren Wohnraum, ausreichende Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Gestaltung von Kinderspielplätzen). Familien sind deshalb von Planungen und Umsetzungen in den Bereichen Wohnungsbau, Gemeinde- oder Stadtentwicklung, Schule, Sport, Kultur, Verkehr und Soziales besonders betroffen. Gerade Pfarrgemeinden tragen durch Kindergärten, Eltern-Kind-Gruppen, Familiennetzwerke usw. zur Verbesserung der Situation von Familien bei. Sich dieser Rolle bewusst zu sein und weitere Initiativen zu starten, ist wichtig.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ⦿ alle Beschlüsse im Gemeinderat auf ihre Familienverträglichkeit überprüft werden
- ⦿ in Bebauungsplänen an ausreichend qualitätsvollen Wohnraum für junge Familien und Menschen in allen Lebensphasen gedacht wird (z. B. Mehrgenerationenhaus)
- ⦿ sozialer Wohnungsbau aktiv durch die Kommune betrieben wird
- ⦿ ausreichend Einrichtungen geschaffen werden, die die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf erleichtern (Tagesmütter, Kindertageseinrichtungen, Hort an Schulen, Ganztagschule, Tagespflege für Senioren)
- ⦿ Einrichtungen unterstützt werden, welche sich für die Bedürfnisse von Familien einsetzen und welche die Erziehungsarbeit von Eltern begleiten (z. B. Zentrum der Familie, Eltern-Kind-Programm [EKP])
- ⦿ Jugendlichen Räume für die Jugendarbeit selbstverantwortlich zur Verfügung gestellt werden.



3. Option für ein Miteinander auf der Basis christlicher Werte

Welche Bedeutung christliche Werte im Leben einer Kommune haben, zeigt sich im Umgang miteinander, in der Beziehung zueinander sowie der Gestaltung der Gemeinschaft.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ⇒ ehrenamtliches Engagement auf vielfältige Art wertgeschätzt und die Möglichkeit der Ehrenamtskarte genutzt wird sowie bürgerschaftliche Initiativen gefördert werden
- ⇒ bei kommunalen Prozessen und Entscheidungen alle Generationen und Betroffenen beteiligt werden und genauso an die Bedürfnisse der künftig Betroffenen gedacht wird
- ⇒ es eine Kommunikationskultur innerhalb der Gemeinde gibt, z. B. Landwirtschaft, Umgehungsstraße
- ⇒ unterschiedliche Lebensstile, Kulturen, Religionen und Generationen sich gegenseitig achten sowie Integration und Zusammenleben gefördert werden
- ⇒ christliche Werte vermittelt werden und christliche Feste und Traditionen lebendig bleiben
- ⇒ bei der Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen restriktiv vorgegangen wird
- ⇒ Seelsorge durch Ehrenamtliche z. B. in Krankenhäusern, Hospizen und Palliativstationen gefördert wird
- ⇒ bei Friedhofsgestaltung und Bestattungswesen die Bedürfnisse der Betroffenen ernst genommen werden.



4. Option für die Schöpfung

Die auch von Papst Franziskus geforderte ganzheitliche ökologische Wende fordert dazu heraus, langfristige Handlungsperspektiven zu entwickeln und die Zusammenhänge von ökologischen und sozialen Fragen in den Blick zu nehmen. Dabei ist in vielen Teilen Oberbayerns der Umgang mit Grund und Boden eine große Herausforderung. Hierzu gibt es viele Anregungen in der Broschüre des Diözesanrats „Unser Boden – Fundament des Lebens“ (www.dioezesanrat-muenchen.de/boden)

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ➲ Systeme unterstützt werden, die einen nachhaltigen Lebensstil ermöglichen, wie z. B. Regionalvermarktungsinitiativen (siehe auch in der Broschüre des Diözesanrats „Anders besser leben“: www.anders-besser-leben.com)
- ➲ die Ausbildung von Umweltauditoren angeschoben wird, die das Energiemanagement in der (Pfarr-)Gemeinde auf den Prüfstand stellen
- ➲ bei kommunalen Vorhaben auch Aspekte des Klima- und Umweltschutzes (z. B. auch Lärm, Luft, Licht) und der Biodiversität Berücksichtigung finden
- ➲ die Ausweisung von neuen Baugebieten mit dezentralen Energieversorgungskonzepten kombiniert wird
- ➲ die Beschaffung, insbesondere bei Bauvorhaben, im öffentlichen und kirchlichen Bereich nachhaltigen Kriterien entspricht (umweltverträglich, regional, fair, wiederverwendbar u. a.)
- ➲ bei Flächennutzungsplänen eine sparsame und bodenschonende Nutzung vorgegeben und auf eine sinnvolle Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, und Erholen geachtet wird.



5. Option für die Eine-Welt

Zwar wächst die Welt immer mehr zusammen, aber auch Spaltungen nehmen weiter zu. Der Glaube an einen gerechten Gott drängt Christen, sich damit nicht abzufinden. Persönliche Begegnungen und Initiativen auf lokaler Ebene von Pfarrgemeinden und Verbänden tragen zu einer weltkirchlichen Lerngemeinschaft bei.



Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ⇒ Pfarreien und Kommunen internationale Partnerschaften aufbauen und pflegen und die Erfahrungen hieraus politisches Handeln beeinflussen (z. B. Eintritt ins Klimabündnis der europäischen Kommunen)
- ⇒ strukturelle Ungerechtigkeiten (Kinderarbeit, Landgrabbing, Brain-Drain) aufgedeckt und bekämpft werden, z. B. durch fairen Handel, ethische Geldanlagen
- ⇒ die Bildungsarbeit für die Folgen unserer Konsum- und Produktionsweisen sensibilisiert.



6. Option für eine gemeinwohlorientierte Politik

Bei Leistungen der Daseinsvorsorge geht es um die Verwirklichung von gemeinnützigen Zwecken: um die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, um hohe Qualität und Versorgungssicherheit, um angemessene Arbeitsbedingungen und Umweltschutzziele. Dem Gemeinwohl widerspricht, wenn lebenswichtige Güter für den Menschen, wie zum Beispiel Wasser, dem freien Markt übergeben werden. Öffentliche Güter müssen öffentliche Güter bleiben.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ⌚ die Versorgung mit öffentlichen Gütern weiterhin durch kommunale Einrichtungen (Sozialwohnungen, Wasserversorgung, Stadtwerke, Krankenhäuser etc.) gesichert wird
- ⌚ regionale bürgerschaftliche Projekte unterstützt werden
- ⌚ Formen gemeinschaftlicher Zusammenarbeit, z. B. in Genossenschaften oder zwischen mehreren Kommunen (siehe Position des Diözesanrats zur Interkommunalen Zusammenarbeit „Gemeinsam stärker“: <http://www.dioezesanrat-muenchen.de/>) unterstützt werden
- ⌚ die Gestaltung des öffentlichen Raumes Teilhabemöglichkeiten für alle Bürger*innen schafft
- ⌚ sich Kommunen Leitbilder geben, die z. B. auch das Prinzip der Gemeinwohlökonomie aufgreifen: <https://www.ecogood.org/de/unsere-arbeit/gemeinwohl-bilanz/gemeinden/>





**Diözesanrat der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising**

**Diözesanrat der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising**

Projektgruppe Kommunalpolitik
80333 München, Schrammerstraße 3, VI. Stock
Telefon (0 89) 21 37-12 61, Fax (0 89) 21 37-25 57
E-Mail: dioezesanrat@erzbistum-muenchen.de
Internet: www.dioezesanrat-muenchen.de